



## Offener Brief

Heilbronn, 28. April 2024

Empfänger:

1. SPD-Kreisverband Heilbronn-Stadt
2. SPD-Kreisverband Heilbronn-Land
3. Juso Kreisverband Heilbronn
4. Grüne/Bündnis 90 - Kreisverband Heilbronn
5. Grüne Jugend Heilbronn
6. DIE LINKE - Kreisverband Heilbronn
7. IG Metall Bezirk Heilbronn-Unterland
8. IG Metall Jugend Heilbronn
9. DGB Heilbronn
10. OB Harry Mergel, Heilbronn
11. Verdi Heilbronn-Neckar-Franken
12. Josip Juratovic, MdB
13. Armin Waldbüßer, MdL
14. Gudula Achterberg, MdL
15. Erwin Köhler, MdL
16. Klaus Ranger, MdL
17. SPD-Gemeinderatsfraktion Heilbronn
18. Grüne/Bündnis 90-Gemeinderatsfraktion Heilbronn
19. DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion Heilbronn

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wissen, dass „jede Kanone, die gebaut, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete letztlich einen Diebstahl an denen bedeutet, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.“ (Dwight D. Eisenhower – 34. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika).

Das Wirtschaftsforum der SPD, die IG Metall und die Lobby-Organisationen der Rüstungsindustrie fordern jetzt detailliert maßlose Investitionen zum Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie in den Bereichen Heer, Marine, Luftwaffe und All. Unterstützt und „angefeuert“ wird diese Politik von den Grünen und natürlich von CDU/CSU und FDP.

Der Heilbronner Friedensrat hält diese Richtung der Aufrüstung für falsch und folgenreich.

Im Folgenden erläutern wir unsere Position:

1.

Wir sind bestürzt, wie die SPD als die Partei von Willy Brandt in Windeseile alle erfolgreichen Bemühungen der letzten 50 Jahre um Ausgleich und Zusammenarbeit in Europa und Deutschland außer Acht lässt, sich davon distanziert und jetzt massive Aufrüstung und Bewaffnung fordert.

Ebenfalls bestürzt sind wir über die Wandlung der Grünen zur „Kriegspartei“. Immerhin benannte diese Partei bei ihrer Gründung als eine von vier Säulen die Friedenspolitik. Nichts davon ist übriggeblieben, was auch Antje Vollmer in ihrem letzten Papier vor ihrem Tod feststellte.

Eine Eskalation stellt dar, dass von Seiten der Grünen (Joschka Fischer) und der SPD (Katarina Barley) der Bau von Atombomben in der EU und Deutschland gefordert wird.

Deutschland, so verlautete es von Kanzler Scholz, müsse auch militärisch die Rolle übernehmen, die ihm angeblich durch seine wirtschaftliche Stärke in der EU zusteht. Der Propagandaslogan dazu lautet: „Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden.“ Mit Verantwortung ist immer militärische Verantwortung, das heißt massive Aufrüstung, verbunden. Wo bleibt die Verantwortung für Frieden, für Abrüstung, für Diplomatie und Verhandeln?

2.

Um die Aufrüstung zu rechtfertigen, wird wie in alten Zeiten vor dem 1. Weltkrieg massiv Propaganda gegen Russland gemacht und Russland die Absicht unterstellt, über ganz Europa herzufallen, wenn man es nicht militärisch mit allen Mitteln bremst. Das ist Kriegspropaganda.

Den Krieg gegen die Ukraine gibt es, weil die NATO und die USA die Ukraine massiv aufgerüstet, das Minsk II-Abkommen sabotiert und alle Hinweise Russlands, rote

Linien nicht zu überschreiten, kühl ignoriert haben. Russland hat gegen die NATO keine Chance.

Es geht bei diesem Krieg, um mächtige Wirtschafts- und Kapitalinteressen, nämlich letztlich um die Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine (z.B. Landwirtschaft, Bodenschätze).

Der Heilbronner Friedensrat bringt klar zum Ausdruck, dass er den Krieg Russlands gegen die Ukraine völkerrechtswidrig und falsch findet. Er fordert Russland auf, den Krieg sofort einseitig zu beenden und Verhandlungen aufzunehmen.

3.

Schon heute fehlt Geld für alle nötigen Investitionen im öffentlichen Bereich, sei es in der Bildung, in Schulen, im ÖPNV, speziell in der Bahn, im Gesundheitswesen und in der Pflege. Die gigantische Aufrüstung und Herstellung von Kriegswaffen wird dazu führen, dass in Zukunft noch stärker Gelder für die öffentliche Daseinsvorsorge fehlen werden. Die Profite der Rüstungsindustrie sollen durch die arbeitende Bevölkerung, Jugend und Rentner\*innen erwirtschaftet werden.

4.

Das bedeutet unter anderem auch die Abkehr von allen bisherigen Bestrebungen im Hochschulbereich, nicht für Krieg und Rüstung zu forschen. Dass neue Arbeitsplätze im Rüstungsbereich geschaffen werden, wurde bisher auch von der IGM zu Gunsten von Konversionsprojekten abgelehnt. Jetzt soll alles anders und Kriegsforschung angesagt sein?

5.

Der ökologische Schaden dieses Vorgehens ist immens. Allein der Aufbau von Rüstungskapazitäten ist ökologisch eine Katastrophe, zu schweigen von der Kriegsführung selbst und den riesigen Manövern, die zur Herstellung der sogenannten „Kriegstüchtigkeit“ notwendig sind. Das alles macht jede Anstrengung zur Abwendung oder Milderung der drohenden Erderwärmung obsolet. Niemand kann den Individualverkehr so verringern, dass der Ausstoß eines Leopard 2 an CO<sub>2</sub> (ca. 500 Liter Diesel auf 100 km!) kompensiert wird.

6.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten aus guten Gründen zurückgehalten, eine militärische Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Dies jetzt zu tun, auch auf Druck von CDU/CSU und FDP, ist fatal. Die Verantwortung Deutschlands muss sich in einer ausgleichenden, diplomatisch aktiven Rolle zur Beendigung von Kriegen und für Fairness in den außenpolitischen Beziehungen ausdrücken, nicht in Aufrüstung und militärischer Führung.

7.

Rüstung ist ja nicht irgendeine beliebige Form einer wirtschaftlichen Betätigung – hier wird das produziert, was wiederum andere dazu verleitet, mehr an tödlichen Maschinen zu bauen, gegen die man sich mit noch mehr Waffen zu schützen glaubt. Rüstung schafft keine Sicherheit, sondern das Gegenteil davon: Bedrohung. Gerade

Deutschland im Zentrum Europas ist weder mit konventionellen noch mit atomaren Mitteln ohne Zerstörung des ganzen Landes zu verteidigen.

Deshalb hält der Heilbronner Friedensrat die neuen Pläne der Ampelregierung, massiv aufzurüsten und dabei Deutschland eine Führungsrolle in Europa zuzugestehen, für falsch.

8.

Täglich sterben Hunderte junger Männer auf beiden Seiten der Front. Eine ganze Generation ukrainischer Kinder ist enturzelt, traumatisiert. Vor allem die Jungen leben damit, dass sie jedes Lebensjahr der tödlichen Front näherbringt. Daher fordern wir Verhandlungen.

Als Heilbronner Friedensrat meinen wir, Deutschland muss seiner Verantwortung als großes Land mitten in Europa mit einer Politik gerecht werden, die mit allen erdenklichen Mitteln für Frieden und Einigung steht, auch in schwierigen Zeiten. Wenn Deutschland aufrüstet, wird das die einzige Folge haben, dass das Land im Fall eines großen Krieges massiv zerstört werden wird.

Wir wenden uns mit diesem Offenen Brief gerade an Sie als die Organisationen, aus deren Mitte Mitglieder bei uns im Heilbronner Friedensrat zum Teil schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten mitarbeiten.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung mit Ihnen über diese Themen, insbesondere über die geplante massive Aufrüstung, ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Heilbronner Friedensrat

Brigitte Klein

Heinz Deininger